

## **Niederschrift I**

über die öffentliche Sitzung  
**des Ausschusses für Umwelt und Technik der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, den 30.01.2014**  
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Stadträtinnen und Stadträte: Berg  
Böhringer  
Brogle  
Bühler  
Cyperrek (in Vertretung Hirt)  
Denzer (ab 17.42 Uhr)  
Escher  
Ferber  
Gula  
Heuer  
Prof. Dr. Paul  
Piorr  
Simon  
Vogel (ab 17.37 Uhr)  
Vollmer  
Wernthaler

Entschuldigt: Hirt

Ferner: Fachbereichsleiterin Krieg  
Fachbereichsleiter Nef  
Fachbereichsleiter Schwenzer  
Stellv. Fachbereichsleiter Dullisch  
Stellv. Fachbereichsleiter Haasis  
Herr Fessler, FB Medien/Kommunikation

Urkundspersonen: Stadträte Piorr und Simon

Schriftführerin: Herr Funk

Beginn: 17.30 Uhr

Ende:

19.15 Uhr

## Beschlüsse:

### TOP 1

#### Jahresbericht Kriminalprävention mündl. Bericht

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Gäste, die Gemeinderäte sowie die Vertreter der Verwaltung und eröffnet die Sitzung.

Fachbereichsleiterin Krieg stellt anhand einer PP-Präsentation den Jahresbericht Kriminalprävention 2013 vor und erläutert im Einzelnen die Tätigkeiten der verschiedenen Arbeitskreise (Anlage 1).

Der Vorsitzende dankt für den ausführlichen Bericht. Im Austausch mit der Polizeidirektion habe er vernommen, dass diese die Arbeit der Kommunalen Kriminalprävention in Lörrach als vorbildlich betrachte. Positiv sei auch, dass die polizeiliche Präventionsarbeit in Lörrach verbleibt.

Stadträtin Vollmer schließt sich dem polizeilichen Lob über die Lörracher Kriminalprävention an. Die Arbeit mit der Jugend sei außerordentlich wichtig.

Die Arbeit der Kommunalen Kriminalprävention sei in allen Aspekten zu loben, erklärt Stadträtin Gula. Prävention sei immer besser, als auf Kriminalität reagieren zu müssen. Kontrollen erhöhten das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Stadtrat Wernthaler hebt die Vernetzung der an der Kriminalprävention beteiligten Institutionen hervor. Es sei bedauerlich, dass die Förderung von „SIP Lörrach – wir kümmern uns“ ausläuft, denn SIP sei ein guter Ansatz in der Präventionsarbeit. Die bei SIP agierenden Mitarbeiter hätten viel Fingerspitzengefühl. Es stelle sich aber weiterhin die Frage, wie man für Jugendliche Räume schaffen kann, mit denen sie sich identifizieren können.

Er sehe drei Problembereiche: den Rosenfelspark, die Regio-S-Bahn und das Freibad. Beim Freibad gebe es das Problem, dass Jugendliche (insbesondere Mädchen) Repressalien ausgesetzt sind und deshalb vom Besuch des Freibads absehen (müssen). Dieses Thema müsse unbedingt angegangen werden.

Stadträtin Brogle lobt ebenfalls die Arbeit der Kriminalprävention und macht auf die immer noch stattfindenden nächtlichen Trinkgelage aufmerksam. Nächtliche Sicherheit sei auch bei der Regio-S-Bahn vonnöten. Jugendliche würden es oft nicht wagen, mit der S-Bahn alleine nach Hause zu fahren.

Stadträtin Cyperrek hofft, dass der Verlängerung von laufenden Projekten (z.B. SIP) nichts im Wege steht. Sie stelle fest, dass in Lörrach Raum für zwangloses Treffen von

Jugendlichen, die nicht organisiert sind, fehlt. Das Vorhandensein fast nur kommerzieller Treffs sei schade.

Stadtrat Escher berichtet, dass die polizeiliche Präventionsarbeit teilweise in Lörrach bleibt. Er stelle zum eigentlichen Wohlfühlort Grütt fest, dass dieses vermehrt vermüllt wird. Es fehle der Bevölkerung an Zivilcourage, im Einzelfall gegenüber den Tätern Unmut zu äußern.

Für die Sicherheit in der Bahn sei die Bundespolizei zuständig.

Er gibt bezüglich des Schaffens von Freiräumen für zwanglose Treffen zu Bedenken, dass auch an diesen Orten das Jugendschutzgesetz gilt und eingehalten werden muss. Hier sei aber nicht nur der Staat sondern auch die Eltern in ihrer Verantwortung gefordert.

Er hoffe, dass die präventive Arbeit des Fachbereichs Bürgerdienste gut fortgeführt werden kann, denn Prävention sei allemal besser als Repression.

Der Vorsitzende erklärt mit allen einig zu sein, die wichtige Arbeit der Kriminalprävention nicht zu beenden. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich sei wichtig, weshalb die bereits vorhandene Vernetzung gut und notwendig sei. Hinsichtlich des subjektiven Sicherheitsgefühls in der S-Bahn sei festzustellen, dass sich dieses seit Einführung der Videoüberwachung gebessert hat.

Bezüglich der Vorkommnisse im Freibad habe er mit den Mitarbeitern gesprochen. Es sei dort bekannt und gewollt, hinzuschauen und zu reagieren. Es gebe auch Absprachen mit der Polizei. Er erinnert an die erteilten Platzverweise im vergangenen Jahr.

Während der Fasnachtszeit sei die Narrengilde ein guter Kooperationspartner, die den Jugendschutz und die Präventionsarbeit ernst nehme. Er habe den Eindruck, dass sich Lörrach auf gutem Weg befindet. Wichtig sei es vor allem, sich mit allen Beteiligten in den verschiedenen Bereichen abzustimmen.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt vom Bericht Kenntnis.

## TOP 2

### **Bauantrag auf Anbau an ein bestehendes Wohnhaus mit Garagen auf Grundstück Flst.Nr. 6366, Buckweg 7, Lörrach (§ 31 BauGB)**

Fachbereichsleiter Schwenzer erläutert den Bauantrag anhand von Folien.

Nach Wortmeldungen durch die Stadträte Brogle, Denzer und Escher beschließt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig:

Vom Bauvorhaben wird Kenntnis genommen. Planungsrechtliche Schritte zur Sicherung der Bauleitplanung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches sind nicht erforderlich.

### TOP 3

#### **Bauantrag auf Nutzungsänderung einer Bürofläche im 2. OG in eine Sprachschule für Berufstätige, Flst.Nr. 494, Herrenstr. 4, Lörrach (§ 14 BauGB)**

Fachbereichsleiter Schwenzer erläutert den Bauantrag anhand von Folien.

Nach einer Wortmeldung durch Stadtrat Heuer beschließt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig:

Von der Veränderungssperre wird eine Ausnahme zugelassen, § 14 Abs. 2 BauGB.

### TOP 4

#### **Verkehrssituation in der Wallbrunnstraße Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Lärminderung Mündl. Bericht**

Fachbereichsleiter Nef erläutert anhand einer PP-Präsentation die Verkehrssituation in der Wallbrunnstraße und die vorgesehenen Verkehrsmaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (Anlage 2).

Stadtrat Heuer möchte zum Vortrag keine Bewertung abgeben und bittet, die Präsentation für die Fraktionssitzung der CDU zur Beratung zu überlassen.

Stadtrat Böhringer möchte die vorgesehenen Maßnahmen ebenfalls in seiner Fraktion beraten. Er sei im Übrigen der Auffassung, dass die Anordnung einer 30 km/h-Begrenzung nicht vor Lärm schütze. Dies sei physikalisch nicht stimmig. Des Weiteren frage er sich, wie mit gleichen Stadteingang – bzw. Stadtausgangssituationen in Brombach, Haagen oder Hauingen umgegangen wird. Dort könne man die gleichen Regelungen mit gleicher Begründung anwenden – die Geschwindigkeitsbegrenzung wäre aber aus Lärmschutzgründen auch dort nicht stimmig.

Es gehe um drei Aspekte, nämlich die Einrichtung einer Ampelanlage, die Begrenzung auf 30 km/h wegen der neuen Schule und die Einrichtung eines Schutzstreifens, meint Stadtrat Wernthaler.

Im Falle der Wallbrunnstraße müsse man sehen, dass aus einem ehemaligen Industriegebiet ein Wohngebiet geworden ist, in dem junge Familien wohnen. Ein ganzes Gebiet habe sich verändert und werde sich noch weiter verändern. Es müssten Strategien zum künftigen Umgang mit diesem Gebiet entwickelt werden. Er begrüße die vorgesehenen Maßnahmen, nicht zuletzt im Interesse der Schüler.

Stadtrat Denzer hält es ebenfalls zunächst für erforderlich, die dargestellten Maßnahmen in der Fraktion zu diskutieren. Es spreche grundsätzlich nichts dagegen, jedoch halte er die erwähnte Lärmreduzierung durch Geschwindigkeitsbegrenzung nicht für richtig. Er mache darauf aufmerksam, dass die für die Geschwindigkeitsbegrenzung vorgesehene Zone im Wohngebiet endet. Die Beschleunigung von Fahrzeugen in diesem Bereich verursachen mehr Lärm.

Es stelle sich die Frage, wie man in der Zukunft mit den vorgeschlagenen Maßnahmen andernorts umgeht. Bewohner anderer, ähnlich situierter Straßen könnten ähnliche oder gleiche Maßnahmen fordern. Bei der jetzigen Diskussion müsse man das schon berücksichtigen.

Stadtrat Ferger spricht sich dafür aus, die 30 km/h-Zone bereits an der Belchenstraße beginnen zu lassen.

Stadtrat Escher stellt die Frage in den Raum, ob die gesamte Maßnahme der Situation einer Ortseinfahrt – Ausfallstraße gerecht werde, ob die Straße die Maßnahme überhaupt aushält. Er vermute, dass bei einem Zwischenfall auf der Autobahn der Verkehr in der Wallbrunnstraße dann still stehe. Es müsse bei dieser Art von Straßen daran gedacht werden, den Verkehr in die Stadt hinein zu bringen und auch hinaus zu bringen. Er erinnere daran, dass schon vor dem Erstellen der Wohnhäuser bekannt war, dass es sich bei der Wallbrunnstraße um eine Einfall- bzw. Ausfallstraße handelt. Er hält es ebenfalls für sehr wahrscheinlich, dass nach Einführung der vorgeschlagenen Maßnahmen an anderer Stelle die gleichen Forderungen auftauchen.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich für die schnelle Bearbeitung des Anliegens. Sie erinnere daran, dass die Grundstücke an der Wallbrunnstraße für die Wohnbebauung zugelassen worden sind und das dann auch berücksichtigt werden muss. Falls andernorts die gleichen Vorstellungen zur Regelung des Verkehrs auftauchen, sei das in Ordnung. Über die 30 km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung müsse man wegen des Lärmaspekts jedoch noch diskutieren.

Nach Auffassung von Stadträtin Vollmer könne man durchaus Fahrradspuren aufbringen, ohne die Linksabbiegespur aufzugeben. Im Übrigen sei festzustellen, dass im fraglichen Bereich immer zu schnell gefahren werde.

Stadtrat Bühler schließt sich der Auffassung Stadtrat Eschers an. Er könne die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht nachvollziehen.

Stadtrat Piorr bittet, die Kosten der vorgeschlagenen Maßnahmen zu benennen.

Stadtrat Berg hebt hervor, dass es um Verkehrssicherheit in der Wallbrunnstraße gehe, die derzeit nicht gegeben sei und es gehe hierbei auch um das subjektive Empfinden. Das Gebiet habe sich vom Gewerbegebiet zum Wohngebiet gewandelt, die Situation in der Wallbrunnstraße sollte sich nun ebenfalls ändern.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Lärmproblem im Rahmen und im Zusammenhang mit der Lärmaktionsplanung bearbeitet werde.

Fachbereichsleiter Nef erklärt zu Geschwindigkeitsbegrenzung, dass in der Wallbrunnstraße bergwärts ein überhöhtes Tempo festgestellt werde, ebenfalls talwärts. Es sei sinnvoll, die Tempospitzen zu brechen und damit nicht zuletzt einen Beitrag zur Lärminderung zu leisten.

Beim Beginn und beim Ende der Tempo 30-Zone gebe es Spielraum. Er halte eine Überwachung der Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich der Schule für angebracht. Die städtebauliche Entwicklung in Lörrach weise in Richtung Geschwindigkeitsbegrenzung z.B. in Tumringen, Freiburger Straße oder in der Kerndurchfahrt Brombachs.

Er antwortet auf Bemerkungen der Stadträte Escher und Vollmer, dass eine Ampel eine sichere Querung der Straße ermögliche und der Wegfall der Linksabbiegespur deshalb notwendig sei, weil die Straße einen Querschnitt von nur 9 m aufweise.

Stadtrat Escher schlägt vor, alle drei Maßnahmen (Ampel, Schutzstreifen und Geschwindigkeitsbegrenzung) zugleich zu prüfen und einzuführen, alles unter Abwägung eventueller Wünsche an anderen Einfallstraßen.

Der Vorsitzende sagt zu, den Fraktionen die Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für die Maßnahme Wallbrunnstraße seien im Haushalt 2014 berücksichtigt. Hinsichtlich anderer Einfallstraßen müsse man ebenfalls daran denken, die Sicherheit zu erhöhen.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt vom Bericht Kenntnis.

## **TOP 5**

### **Bekanntgaben**

- Die Sitzung des AUT am 20. Februar 2014 werde mit der Verleihung der Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg an Herrn Kai Hitzfeld beginnen.
- Das Land gewähre zwei Lörracher Interreg-Projekten Förderung: Dem Projekt Stadtteilaltern (Caritas/Stadt) und der Integrationskonferenz

## **TOP 6.**

### **Allgemeine Anfragen**

- a) Taxistand vor Dialysezentrum

Stadtrat Ferger bittet zu überprüfen, ob der Taxistand vor dem Dialysezentrum verlegt werden könnte, er behindere den Busverkehr.

b) Fußgängerzone Turmstraße

Der Vorsitzende antwortet auf Frage von Stadträtin Gula, dass die Markierung bei geeignetem Wetter neu aufgebracht werde.

c) TonArt

Stadträtin Gula bittet, die an der Angelegenheit TonArt beteiligten Lehrer ebenfalls zu Besichtigung des Gebäudes zu bitten. Der Vorsitzende sagt entsprechende Einladung zu.

d) Parken in Haagen

Stadtrat Bühler berichtet, dass der Ortschaftsrat Haagen sich mit dem Thema Parken in Haagener Straßen befasst habe. Dort werde oft so geparkt, dass eine Feuerwehrdurchfahrt be- bzw. verhindert wird. Der städt. Vollzugsdienst halte sich zu wenig in diesen Straßen auf. Der Ortschaftsrat erwarte vermehrte Unterstützung durch die Verwaltung.

Der Vorsitzende berichtet hierzu, dass er bereits mit dem Ortsvorsteher über die Probleme gesprochen habe. Der Polizeivollzugsdienst werde verstärkt eingesetzt werden. Die Ortsverwaltung werde danach über die Häufigkeit und die Orte der Verstöße erfahren.

## **TOP 7 Offenlegungen**

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt von folgenden Offenlegungen Kenntnis:

7.1 Niederschrift I über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 16. Januar 2014

### **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:  
gez.: Dr. Wilke

Urkundspersonen:  
gez.: Piorr und Simon

Schriftführer:  
gez.: Funk